

AUSLANDSBÜRO JORDANIEN

MICHAEL DÄUMER
SEBASTIAN GRUNDBERGER
JOHANNES HERZ

16. Februar 2009

www.kas.de/amman

www.kas.de

Wo der Terror gelehrt wird

SYRISCHER STAAT WILL ISLAMISIERUNG DER PRIVATSCHULEN AUFHALTEN

Die syrische Regierung verschärft Medienberichten zufolge derzeit deutlich die Vorschriften für islamische Privatschulen. Konkreter Anlass für diese Maßnahme sind Erkenntnisse, wonach ein ehemaliger Schüler einer solchen Schule maßgeblich an dem tödlichen Terroranschlag von Damaskus im letzten September beteiligt war. Landesweit stehen 32 Bildungseinrichtungen im Fokus des Damaszener Bildungsministeriums. Das Regime Bashar al-Assads strebt eine größere Kontrolle über die Unterrichtsinhalte, die Lehrer und die Finanzierung der islamischen Privatschulen an.

Die Bilder hatten eine ganze Nation bewegt. Wenige Wochen nachdem eine Autobombe in Damaskus letzten September 17 Menschen in den Tod gerissen und 14 weitere verwundet hatte, präsentierte das syrische Staatsfernsehen die Bekenntnisse der vermeintlichen Attentäter. Einer der Männer, Abdul Baqi Hussein, bekannte sich nicht nur zu einer Mitgliedschaft in der radikalislamischen Terrororganisation „Fatah al-Islam“, sondern erklärte vor laufenden Kameras auch, drei Jahre lang Schüler des Al-Fateh al-Islamiy Institute gewesen zu sein, einer privaten Islamschule in der Hauptstadt Damaskus.¹ Der Extremist beschrieb die Schule als einen Ort, „der viele arabische und ausländische Schüler“ anziehe, die eine radikale Auslegung des Islam vertreten. Bereits zuvor hatte es Berichte gegeben, wonach immer wieder (ausländische) Terroris-

ten aus den Reihen syrischer privater Islamschulen kämen.²

In einem Artikel unter der Überschrift „Religious Schools under Review“³ berichtete die englischsprachige monatlich erscheinende syrische Zeitschrift „Syria Today“ über eine Reihe von staatlichen Maßnahmen, mit denen der syrische Staat versucht, die Kontrolle über diese Schulen zu gewinnen.

Mehr staatliche Kontrolle

Bisher war der Zugang zu einer Lehrberechtigung für islamische Privatschulen denkbar einfach. Ihnen wurde lediglich nahe gelegt, eine Lizenz vom Ministerium für Religiöse Angelegenheiten zu beantragen. Freigestellt war es den sunnitischen und schiitischen Bildungseinrichtungen, eine Förderung durch Wohltätigkeitsorganisationen anzunehmen oder auch vom Ministerium für Wirtschaft zu beantragen. Privaten Islamschulen war es gestattet, die Inhalte ihres Religionsunterrichtes selbst zu bestimmen, statt diese, wie die staatlichen Schulen, durch das Bildungsministerium absegnen zu lassen. Auch die Lehrmethoden und die Qualifikation des Lehrpersonals sowie die dort angewandten pädagogischen Methoden und die Einstellung der Lehrkräfte zum – säkularen – syrischen Staat seien den Behörden kaum bekannt.

Dem Bericht zufolge hat das Regime an dieser unklaren Situation nach dem Terroran-

¹ Aussagen Husseins nach http://www.syria-news.com/readnews.php?sy_seq=83046, Zugriff am 10. Februar 2009.

² http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/3491618.stm, Zugriff am 10. Februar 2009.

³ [http://www.syria-today.com/...](http://www.syria-today.com/), Zugriff am 10. Februar 2009.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO JORDANIEN

MICHAEL DÄUMER

SEBASTIAN GRUNDBERGER

JOHANNES HERZ

16. Februar 2009

www.kas.de/amman

www.kas.de

schlag einiges geändert. Um die Curricula der islamischen Schulen kümmern sich jetzt ein Ausschuss, der aus Schuldirektoren und dem Großmufti Ahmad Badruddin bestehe und vom Minister für religiöse Wohltätigkeitsfonds geleitet werde. Der Ausschuss erarbeite zwei verpflichtende Lehrpläne für die beiden großen im Land vertretenen islamischen Konfessionen, die Sunniten und die Schiiten. Insbesondere solle dabei darauf geachtet werden, dass sich Schiiten und Sunniten in den privaten Religionslehrbüchern nicht gegenseitig diffamieren, wie dies bisher verschiedentlich der Fall gewesen war.

Undurchsichtig war bisher auch die Finanzierung der Schulen. Nach dem Terroranschlag von Damaskus seien jedoch die Vorschriften verschärft worden. So werde jetzt die Ausstattung mit Lehrmaterialien sowie die Bezahlung der Lehrer durch einen neu gegründeten Finanzausschuss geregelt. Damit soll vor allem der Finanzierung durch Wohlfahrtorganisationen zuvor gekommen werden, bei denen unklar ist, woher sie ihre Mittel beziehen. Der Finanzausschuss verlange von jeder Schule eine obligatorische nachvollziehbare Darlegung der Finanzierung. Zweifelhafte Vernetzungen von Wohltätigkeitsfonds und Erziehungseinrichtungen seien zudem gekappt worden. So müssten alle Unterlagen über Finanzierungen an den neuen Finanzausschuss gesendet werden, der seinerseits die Spendengelder freigebe.

Um Interessensüberschneidungen zwischen diesen Organisationen und dem Schulunterricht zu vermeiden, seien alle Geistlichen, welche in den Privatschulen Religionsunterricht geben, zudem aufgefordert worden, jegliche Ämter in Wohltätigkeitsorganisationen niederzulegen.

Es soll schließlich erreicht werden, dass alle Lehrer künftig vom Staat angestellt und bezahlt werden. Damit soll der Staat die Möglichkeit erhalten, Lehrer, die extremistisches Gedankengut vertreten, nach Belieben entlassen zu können.

Eine weitere Besonderheit der syrischen islamischen Privatschulen ist deren hoher Anteil von ausländischen Studenten. Von den

insgesamt rund 10.000 Schülern dieser Einrichtungen seien etwa 500 ausländischer Herkunft mit unklarem Hintergrund. Um Islamismus einzudämmen, würden alle ausländischen Schüler jetzt gezwungen, auf eine im historischen Stadtteil liegende, dem Ministerium für Religiöse Angelegenheiten angegliederte Schule gehen.

Zuwachs der religiösen Schulen

Die Entwicklungen zeigen, dass das Regime von Bashar al-Assad versucht, im Schulbereich einer Tendenz zur Islamisierung und Radikalisierung entgegenzutreten. In den letzten Jahren hat ein großer Zuwachs an religiösen Schulen stattgefunden.

Neben den 32 privaten Islamschulen existieren im syrischen Bildungssystem auch staatliche Islamschulen. Deren Anzahl hat sich in den letzten drei Jahren auf 127 vervierfacht. Diese Zahlen zeigen eine deutliche Nachfrage nach islamischen Angeboten in der Gesellschaft, welche immer mehr Menschen durch das bisherige System nicht zufrieden gestellt sehen.

Die Pläne für den syrischen Religionsunterricht stammen aus dem Jahr 1967 und wurden als panarabischer Bildungsweg mit Jordanien und Ägypten entwickelt (Arab Cultural Unity Agreement).⁴ Ähnlich wie in Deutschland, sieht der Lehrplan in den Schulen also auch einen Religionsunterricht vor. In seiner Tradition ist dieser allerdings stark nationalistisch geprägt und sollte den jungen Bürgern als sittliche Erziehung dienen. Anspruch und Realität klaffen hier aber auseinander. In den Schulen des Landes findet Religionsunterricht erst in den Nachmittagsstunden statt und wird als weniger wichtig als beispielsweise der Sportunterricht erachtet. Er dauert in der Regel eine bis zwei Stunden und wird von der ersten bis in die zwölfte Klasse sowohl als Islamkunde als auch manchmal als christlicher

⁴ Zum syrischen Schulsystem siehe Landis, Joshua (2003): "Islamic Education in Syria - Undoing Secularism", abzurufen unter <http://faculty-staff.ou.edu/L/Joshua.M.Landis-1/Islamic%20Education%20in%20Syria.htm>, Zugriff am 12. Februar 2009.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO JORDANIEN

MICHAEL DÄUMER

SEBASTIAN GRUNDBERGER

JOHANNES HERZ

16. Februar 2009

www.kas.de/amman

www.kas.de

Religionsunterricht angeboten. Laut einer Befragung von 20 Schülern, die vom Nahost-Experten Joshua M. Landis durchgeführt wurde, wird der Unterricht jedoch nicht sehr ernst genommen, da man durch schlechte Leistungen nicht sitzen bleiben kann.⁵ Die verpflichtende Weiterführung dieses Unterrichts auf den Universitäten des Landes, welchen man als Staatskunde interpretieren kann, wird laut „Syria Today“ von den Studenten gar als „sakhafa“ (blöde Stunde) bezeichnet. Laut Aussage der Schüler werden darin weder das Judentum, der Umgang mit dem Westen noch andere politische Themen behandelt. Es handele sich inhaltlich hauptsächlich um Gebetskunde und Moralerziehung.

Sorge um religiöse Toleranz

Syriens Angst, die religiösen Privatschulen würden - nicht nur geistige – Brandstifter hervorbringen, ist seit dem Anschlag im September letzten Jahres traurige Realität geworden. Warum das Regime den Lehren und Lehrern jetzt genauer auf die Finger schaut, hat möglicherweise mehrere Ursachen.

Zum einen will der autoritäre Staat die Kontrolle über das Bildungssystem zurückerlangen. Dieses Interesse liegt darin begründet, dass der Erhalt der relativen Toleranz zwischen den Religionen und Konfessionen des Landes innenpolitisch für das säkulare Regime von Bashir al-Assad überlebensnotwendig ist. Assad selbst gehört der schiitischen Sekte der Alawiten an, welche nur zwischen sieben und zehn Prozent der syrischen Bevölkerung ausmachen.⁶ Eine allgemeine Radikalisierung der Bevölkerung könnte das Gewicht im Staat zu Gunsten der mit über 70 Prozent Anteil an der Bevölkerung deutlich größten Religionsgruppe der Sunniten⁷ verlagern.

⁵ <http://faculty-staff.ou.edu/L/Joshua.M.Landis-1/...>, Zugriff am 12. Februar 2009.

⁶ Vgl. Z.B. <http://www.muz-online.de/middleeast/syrien.html>; <http://www.hagalil.com/archiv/2000/07/assad.htm>, Zugriff am 12. Februar 2009.

⁷ <http://www.muz-online.de/middleeast/syrien.html>

Zudem untergraben die Financiers privater Islamschulen den geistigen und politischen Überbau des Landes, das heißt den stark auf Assad zugeschnittenen Staatsapparat, in dem sie Parallelstrukturen schaffen. Aus diesem Grund wurden jetzt anscheinend nicht nur Spendengelder eingefroren, sondern auch jede berufliche Überschneidung von Lehrtätigkeit und geistigem Amt mit einer Mitgliedschaft in einer Wohltätigkeitsorganisation verboten.

Schließlich ist die schleichende Islamisierung der Gesellschaft, die sich nun im Bildungssektor offenbart, für das Regime von Assad auch ein außenpolitisches Problem. Der Präsident versucht sein Land in der letzten Zeit etwa durch die Aufnahme indirekter Friedensverhandlungen mit Israel, durch wirtschaftliche Kooperationsabkommen etwa mit Frankreich oder durch öffentlichkeitswirksame Treffen mit ausländischen Staats- und Regierungschefs aus der langjährigen internationalen Isolation zu holen. Der autoritäre Präsident hofft dabei auch darauf, dass die neue US-Regierung eine flexiblere Position gegenüber Syrien einnehmen wird, als dies die alte getan hat. In diesem Bestreben der Öffnung passt es nicht ins Bild, wenn Syrien den Ruf genießt, eine Ausbildungsstätte des Islamismus auch für ausländische Fanatiker zu sein.

In dieses Bild passt auch die Tatsache, dass der Artikel in der „Syria Today“ überhaupt veröffentlicht wurde. Auch wenn „Syria Today“ sich als „unabhängig“ bezeichnet, existiert in Syrien eine sehr starke Kontrolle der Presse. Dass ein derartig ausführlicher Bericht über die Bemühungen der Regierung zur Eindämmung des Islamismus in syrischen Privatschulen auch noch in einer englischsprachigen Zeitschrift erscheint, ist deshalb sicherlich kein Zufall. Das Regime dürfte wohl dem Ausland damit signalisieren wollen, dass es sich nicht nur nach außen öffnen möchte, sondern auch nach innen den Terror bekämpfen will.